



**Antrag: Das Landeskomitee möge folgende Erklärung beschließen:**

Als Bürger und Christen versetzt uns in Sorge, dass bei führenden Politikern der Ruf nach atomarer Aufrüstung immer lauter wird. Die Rede ist von einem europäischen „Atomschutzschirm“, denn „die atomare Drohung sei die Lebensversicherung für jeden Staat“.

Das Vorhaben, die Europäische Union oder Deutschland mit Atomwaffen auszustatten, würde gegen den Nichtverbreitungsvertrag von Atomwaffen verstoßen, der seit 1970 völkerrechtlich bindend ist und in dem Deutschland die Rolle einer Nicht-Atom-Macht zukommt, ebenso wie gegen den Atomwaffenverbotsvertrag, der vor zwei Jahren in Kraft getreten ist. Diese Verträge wurden erarbeitet und beschlossen im Bemühen, die Gefahr der atomaren Vernichtung zu begrenzen und haben das Ziel einer atomaren Abrüstung und Rüstungskontrolle. Die genannten Vorschläge zielen auf das Gegenteil: die nukleare Aufrüstung der EU. Sie gehen davon aus, dass es Sicherheit nur mit Atomwaffen gäbe. Damit würde die EU zum schlechten Vorbild für Staaten, die nach Atomwaffen streben.

Nukleare Bewaffnung ist kein Schutzmantel, wie das Wort „Atomschutzschirm“ suggeriert, sondern höchstgefährlich. Schon das Vorhalten dieser Systeme ist unmoralisch, wie der Papst zurecht betont.<sup>1</sup> Die Welt leistet sich 4223 einsatzbereite Sprengköpfe auf westlicher und 4489 auf russischer Seite<sup>2</sup> und lässt gleichzeitig 8 Millionen Menschen hungern.<sup>3</sup>

2019 hat sich das Landeskomitee der Katholiken in Bayern für einen Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag und für die Erneuerung von Verhandlungen zur Nichtverbreitung von Atomwaffen und zur Abrüstung ausgesprochen (16. 11. 2019, Bamberg). An diesen Zielen hält das LK fest und zwar umso mehr, als sich in den letzten Jahren die Atommächte „nahezu aller Bindungen entledigt [haben], die einst dazu gedacht waren, den hemmungslosen, in absurde Bereiche führenden atomaren Rüstungswettlauf zu bremsen, teilweise sogar anzuhalten und Abrüstungsschritte zu verwirklichen.“<sup>4</sup> Gleichzeitig hat sich Gefahr des Einsatzes von Atomwaffen vergrößert, zumal diese heute um vieles kleiner und gleichzeitig schlagkräftiger geworden sind. Nach wie vor gilt aber, dass „ein Atomkrieg niemals geführt werden darf und nicht gewonnen werden kann“ (Erklärung der Staats- und Regierungschefs der fünf Nuklearwaffenstaaten am 3. 1. 2022). Im Jahr 2024 stehen Verhandlungen im Vorbereitungsausschuss zur nuklearen Abrüstung an. Wir fordern die Politik zu ernsthaftem Bemühen und diplomatischer Fairness bei diesen Verhandlungen auf, damit sie uns einen Schritt weiter zu einer Welt ohne Atomwaffen führen.

**Zur Begründung** schließen wir uns den Darlegungen des Papstes an:

„1. Die Unzulänglichkeit und Unangemessenheit der auf Atomwaffen basierenden Verteidigungssysteme als Antwort auf die nationalen und internationalen Sicherheitsbedrohungen des 21. Jahrhunderts.“

---

<sup>1</sup> Die Kosten haben sich in den letzten Jahren ständig erhöht und lagen 2022 bei 83 Milliarden US-Dollar weltweit, Wartung etc. nicht mitgerechnet (Zeit-online 13. Juni 2023)

<sup>2</sup> Einsatzbereite Sprengköpfe Stand Januar 2023, SIPRI-Report.

<sup>3</sup> Report [The State of Food Security and Nutrition in the World 2022](#).

<sup>4</sup> „Friede in diesem Haus“. Friedenswort der deutschen Bischöfe. 21. Februar 2024, S. 63.

2. Die katastrophalen humanitären und ökologischen Auswirkungen, die mit dem Einsatz von Atomwaffen verbunden sind.
3. Die Verschwendung und Fehlallokation menschlicher und wirtschaftlicher Ressourcen für ihre Modernisierung; Ressourcen, die von der komplexen Erreichung von Zielen wie Frieden, ganzheitliche menschliche Entwicklung und ganzheitliche Sicherheit abgezogen werden.
4. Die negativen Folgen eines anhaltenden Klimas der Angst, des Misstrauens und Gegnerschaft, das durch ihren bloßen Besitz entsteht.
5. Das Risiko, dass ein konventioneller bewaffneter Konflikt eskaliert und den Einsatz von Kernwaffen nach sich zieht.“<sup>5</sup>

Für pax christi, Bayern

Irmgard Scheitler

---

<sup>5</sup> Erklärung des Heiligen Stuhls zur ersten Sitzung des Vorbereitungsausschusses für die Überprüfungskonferenz der Vertragsparteien des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen im Jahr 2026, übermittelt Wien, 31. 7. 2023